

Klaus Harpprecht

Unfrisierte Gedanken zur Lage der SPD

War das alles? Braucht es nur drei oder vier Wochen, um das gewaltige Getöse über die Abwahl des ZDF-Chefredakteurs und die Neuwahl des Nächsten verebben zu lassen? Um den massivsten Eingriff der Politik in die Führung des (noch immer) wichtigsten Mediums im sanften Nebel des Vergessens verschwinden zu sehen? Brender – who? Ach ja, der Schnauzbart dort droben in den Betonburgen am Lärchenberg, hoch über dem gemütlichen Mainz... Hier und jetzt ist die sozialdemokratische Partei herausgefordert, die erste große Aufgabe als Partei der Reform (zunächst der eigenen) zu schultern.

War nicht gestern noch mit roten Köpfen diskutiert worden, ob der Intendant Markus Schächter nicht hätte zurücktreten müssen, da sein zentraler Personalvorschlag mit so dürftigen und obendrein verlogenen Argumenten desavouiert wurde? Ach, deutsche Journalisten sind deutsche Journalisten, dauerempört, doch am Ende brav und gehorsam: Die Möglichkeit eines Streiks wurde keinen Augenblick lang erwogen, wozu das Heer der Bediensteten sehr wohl ein Recht hätte, obschon ein Bundesgericht die fest angestellten Mitarbeiter der Öffentlich-Rechtlichen Anstalten in einer fragwürdigen Formulierung als »Amtsträger« bezeichnet hat. (Die Beamten-Mentalität, die sich jetzt schon in zu vielen Köpfen festgesetzt hat, ist freilich der schlechende Tod jeder journalistischen Vitalität.)

Immerhin scheint Ministerpräsident Kurt Beck, der Vorsitzende des ZDF-Verwaltungsrates, die Tiefe der Zäsur erkannt zu haben. Angesichts der massiven Machtdemonstration seines Stellvertreters Ro-



picture-alliance

Klaus Harpprecht

(*1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit Langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit 2007 Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

land Koch fordert er eine Änderung des ZDF-Staatsvertrages (obschon sich der hessische Luxusbulle einen Dreck um den Protest der 25 renommierten Staatsrechtslehrer gekümmert hatte). Der pragmatische Beck schlug vor, dass Personalentscheidungen künftig nur noch von vier Fünfteln der 14 Verwaltungsräte blockiert werden können; er möchte die Zahl der Parteimandate im Fernsehrat halbieren; er wünscht, dass die 25 Vertreter von Verbänden und öffentlichen Institutionen nicht mehr von den Ministerpräsidenten ernannt, sondern von ihren eigenen Gremien entsandt werden; schließlich, dass die Bundesregierung sich mit einem Mandat (statt dreien) begnügt.

Damit wäre die Macht der Parteien zurückgedrängt, aber nicht gebrochen. Die Parteiendominanz aber war die Grundkrankheit des ZDF seit seiner Gründung. Hat nicht Kanzler Kohl schon einmal einen Chefredakteur (aus den eigenen Reihen) und einen Bonner Studioleiter, die ihm nicht passten, kurzerhand geschasst? Das ZDF braucht, das ist gewiss, eine radikale Reform: eine neue Verfassung. Das verlangt Opfer, von allen Parteien. Sie haben im Verwaltungs- und Fernsehrat nichts zu suchen. Nach dem Vorbild der BBC sollten ihre Mitglieder von einem 16-köpfigen

Konzil, in dem jedes Bundesland durch eine exzellente und unabhängige Persönlichkeit vertreten ist, berufen und vom Präsidenten des Bundesrates ernannt werden. Auch die SPD müsste auf Sitze und Stimmen in den Räten, auf »ihre Leute«, auf die »Freundeskreise« innerhalb und außerhalb der Redaktionen, auf das System der »Nahestehender« verzichten.

Die Weigerung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, sich der Normenkontrollklage der Grünen in Karlsruhe anzuschließen (oder auch nur die Stimmen – es fehlen zwölf – für den Antrag freizugeben), lässt die Grenzen des Reformwillens ahnen. Die Führung im Willy-Brandt-Haus und im Parlament aber sollte bedenken, dass sie allein durch die Befreiung der Medien von der Parteidominanz – der erste Akt einer umfassenden Reform – auf Anhieb ein Stück des Vertrauens und Ansehens zurückgewinnen könnte, das sie eingebüßt hat. Sie muss jetzt entscheiden, ob sie eine Volkspartei bleiben oder zu einer moderaten Konkurrenz der Spalterpartei »Die Linke« herabsinken will.

Mit anderen Worten: Die SPD muss sich neu erfinden, wenn sie für die junge Generation wieder halbwegs attraktiv werden soll. Das hat mit »links« oder »rechts« wenig zu schaffen (und nichts mit der Organisation von Cliques und Kreisen innerhalb der Partei): aber manches mit dem, das die Amerikaner Graswurzel-Demokratie nennen. Es begänne mit den Delegiertenwahlen auf jeder Ebene. Soll ein Stimmrecht nur den eingeschriebenen Genossen zustehen: einem Kreis von Getreuen, der von Jahr zu Jahr kleiner (und älter) wird, da sich nach aller Voraussicht der Mitgliederschwund kaum aufhalten lässt? Wäre es nicht realistischer, die Partei öffnete die Reihen und lüde alle erwachsenen Bürger in den Grenzen der Wahlbezirke ein, auch ihre Stimme abzugeben, vorausgesetzt, dass sie durch ihre Unterschrift versichern, keiner anderen Partei anzugehören? Wenn das zu weit geht (aber

warum?): Sollten nicht wenigstens alle, die sich in gemeinnützigen Initiativen und Vereinen engagieren, das Recht haben, bei der Delegiertenwahl mitzustimmen? Wäre dies nicht ein Weg zurück zum Volk?

Überdies sollte sich die Partei in sämtlichen Gremien dem Grundsatz verpflichten, dass die Hälfte der Kandidaturen den Frauen zusteht. Folglich wären die Stimmbezirke so auszuweiten, dass jeweils zwei Delegierte in die Gremien entsandt werden.

Vor allem aber: Um die Erstarrung der SPD zur Funktionspartei aufzusprennen, müsste von den Kandidaten für die Landtage gefordert werden, dass sie eine abgeschlossene Berufsausbildung und wenigstens zwei Jahre regulärer Arbeit in ihrem Gewerbe nachweisen können, ob als Kaufmann oder Kauffrau, Informatiker, Auto-mechaniker, Lehrer oder Anwalt, gleichviel. Das Engagement im Stab eines Abgeordneten, in einem Ministerium, einem politischen Amt, einer Organisation der Partei oder der Gewerkschaft darf nicht als Berufserfahrung gewertet werden. Von den Kandidaten für ein Mandat im Bundestag sind vier Jahre der Ausübung eines »normalen« Berufes zu verlangen. Das Engagement durch eine europäische oder atlantische Institution zählt nicht (da meist von politischen Beziehungen abhängig) bei den Vereinten Nationen zählt es nur, wenn Arbeit für eine der Hilfsorganisationen vor Ort geleistet wird. Die Mitgliedschaft in der Partei sollte für die sozialdemokratischen Abgeordneten keine Pflicht sein.

Wie sonst kann der gewohnte Trott der »Ochsentour« von einer Funktion bei den Jungsozialisten über das einschlägige Studium zum Schreibtisch des »persönlichen Referenten« in einem Abgeordnetenbüro und weiter zum eigenen Mandat jemals durchbrochen werden? Wie anders entkommt die Partei ihrer inneren »Verbeamtung«? Wie anders können Experten, Außenseiter, talentierte Querköpfe für die Parlamente gewonnen werden, die immer blasser, immer farbloser, immer konfor-

mistischer und vor allem immer langweiliger wirken, von Partei zu Partei kaum mehr voneinander zu unterscheiden?

Die Sozialdemokratie sollte die erste Partei sein, die den Mut findet, die Weisung des Grundgesetzes, dass die Abgeordneten nichts anderem als ihrem Gewissen verpflichtet sind, wörtlich zu nehmen und zur Regel des parlamentarischen Alltags zu machen. Der sogenannte »Fraktionszwang« ist, gemessen an diesem Gebot, ein chronischer Skandal. Wenn über eine existenzielle Frage zu entscheiden ist, kann jederzeit eine namentliche Abstimmung beantragt werden: dann wird sich allemal zeigen, wer den Forderungen seines Gewissens gehorcht. Wer sich nicht kompetent genug fühlt, um ein Ja oder Nein zu rechtfertigen, kann sich der Stimme enthalten – oder offen bekennen, dass er sich dem Rat der Experten entgegen aller Zweifel beugt.

Durch die Demonstration dieser selbstverständlichen Freiheit löste sich das Parlament insgesamt aus dem Verdacht einer Versklavung durch die Interessenverbände. Und: Es wären Mehrheitsbildungen über die Grenzen der Fraktionen und Parteien hinaus wieder denkbar. Der Bundestag, aber auch die Landtage gewännen jene Souveränität zurück, die das Wesen der Demokratie ist. Sie könnten das öffentliche Interesse an ihrer Arbeit von Neuem wecken, denn sie wären für Überraschungen gut, die niemand mehr von ihnen erwartet. Die Kanzlerin, die Minister müssten – wie es der us-amerikanische Präsident und seine Regierung nicht anders kennen – um jede einzelne Stimme werben. Gleiches gälte für die Führung der Opposition.

Aufmerksamkeit und Respekt zurückgewinnen

Parteien, die solchen Mut zur gewissenhaften Freiheit bewiesen, fänden die Aufmerksamkeit und am Ende den Respekt der Bürger. Es ist nicht ausgeschlossen, dass damit der fatale Niedergang der Wahlbeteiligung

aufgehalten würde – freilich nur, wenn das Volk die Chance hätte, einen unmittelbaren Eindruck von den Debatten zu gewinnen: nicht nur auf dem Umweg über die Talkshows, die man allzu großmütig als »Ersatzparlamente« bezeichnet hat, nur weil immer die selben Partei-Langweiler vom Dienst Millionen abgestumpfter Zuschauer in eine Art von Trance verfallen lassen, die man als das »große Gähnen« deutscher Politik bezeichnen könnte, gleichviel ob sich die Shows unter dem Angebertitel *Hart aber fair* oder unter den Namen putzmunterer oder nur brav geputzter Moderatorinnen präsentieren. Die öde Selbstfeier des Mediums entspricht der anti-journalistischen Formel, Redakteure seien »Amtsträger«. Ehe sich dies noch tiefer in den Gehirnen der Medienbediensteten festfrisst, müssen TV und Rundfunk aus der Zwangsjacke der bestehenden Statuten befreit werden – siehe oben.

Die SPD ist die älteste, die traditionsreichste der deutschen Parteien. Aus der Gewissheit hundertfacher Bewährung sollte sie als erste die Kraft schöpfen, mit dem Prozess der Verjüngung unserer Demokratie zu beginnen: durch die schmerzliche Reform, der sie sich selber unterwirft. Ihre Renaissance verlangt, dass sie sich als europäische Partei formiert. Ohnedies ist die Planung des Fortschritts der Europäischen Union zu einer Europäischen Föderation eine Hauptaufgabe der Opposition. Den Christ- und erst recht den Freidemokraten fehlen dazu die Köpfe und die Courage.

Solche grundlegenden und weit reichenden Reformen wird kein Routine-Parteitag zuwege bringen. Dazu braucht es die Einberufung sozialdemokratischer »Generalstände«, denen auch die Mitglieder der Bundestags- und der Landtagsfraktionen, des Europäischen Parlamentes, womöglich sogar der Kreistage, ferner die Vorstände der Sonderorganisationen innerhalb der Partei angehören sollten. Präsidium und Abteilungsleitern der Friedrich-Ebert-Stiftung käme eine beratende Funktion zu.